



CDU/CSU im Bundestag: Unverbrüchliche Solidarität mit Israel

Ausbreitung von Antisemitismus in Deutschland nicht hinnehmbar

Zum Jahrestag des grausamen Überfalls der Hamas auf Israel hat CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz dem jüdischen Staat seine unverbrüchliche Solidarität zugesichert. Merz zeigte sich erschüttert über die Ausbreitung des Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023. „Damit dürfen wir uns nicht abfinden“, betonte er in der Debatte am Donnerstag. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt forderte „harte Antworten“ auf islamistisch motivierten Judenhass.

Der Fraktionsvorsitzende erinnerte daran, dass sich auch ein Jahr nach dem Massaker, bei dem rund 1.200 Israelis ums Leben kamen, immer noch 101 Geiseln in der Gewalt der Terrororganisation Hamas befinden. Auch machte er darauf aufmerksam, dass Israel täglich aus dem Gazastreifen und dem Libanon mit Raketen beschossen wird. Es sei gut, dass Israel und seine Armee in der Lage seien, das Land zu verteidigen.

Angesichts der zahlreichen Todesopfer in Gaza und dem Libanon richtete Merz allerdings auch „die dringende Bitte“ an die Regierung in Jerusalem, mehr zu tun, um die Zivilbevölkerung dort zu schützen. „Israel hat ein berechtigtes Sicherheitsinteresse. Israel hat aber



Friedrich Merz nimmt nach seiner Rede noch einmal Stellung in der laufenden Debatte zu der Sperrung von Lieferungen von Ersatzteilen und Munition an Israel durch die Bundesregierung

auch eine humanitäre Verantwortung“, unterstrich er.

Mit Blick auf die Haltung der Bundesregierung bemängelte Merz, dass die Solidarität mit Israel Risse bekommen habe. Wenn die Regierung seit Monaten die Exportgenehmigung für Munition und Rüstungsgüter verweigere, die die israelische Armee zur Selbstverteidigung brauche, dann seien die Solidaritätsbekundungen für den Staat Israel und seine Menschen nichts wert. Dobrindt warf Außenministerin Annalena Baerbock eine „Freundschaft der Worte“ vor, die nicht Seite 2

Landjugend übergibt Erntekrone an den Landwirtschaftsausschuss des Bundestages

Es ist eine schöne Tradition im Landwirtschaftsausschuss, dass alljährlich die Landjugend den Abgeordneten eine Erntekrone für ihren Ausschusssaal übergibt. Der Bund der Landjugend verbindet damit die Forderung nach einer ausgewogenen Agrarpolitik. Die müsse die drängenden Fragen der Energiewende, des Pflanzenschutzes und des Tierschutzes berücksichtigen, ohne dass die landwirtschaftliche Produktion noch mehr gefährdet werde. Die Erntekrone wird jetzt ein Jahr lang den Ausschusssaal im Paul-Löbe-Haus schmücken. Foto: Deutscher Bundestag/Thomas Deutsch ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

mit mutigen Taten unterlegt werde.

Auch in Deutschland hat sich seit dem 7. Oktober 2023 die Situation für Jüdinnen und Juden verschlechtert. Merz wies darauf hin, dass jüdische Einrichtungen rund um die Uhr unter Polizeischutz stehen müssten, dass es für Jüdinnen und Juden in einer wachsenden Anzahl von Städten faktisch No-go-Areas gebe. Das sei nicht hinnehmbar. Als deutsche Bürger hätten Jüdinnen und Juden Anspruch darauf, dass der Staat sein Schutzversprechen ihnen gegenüber genauso durchsetze wie gegenüber allen anderen.

Merz verurteilte den Antisemitismus von rechts und von links gleichermaßen. Als besonders problematisch bezeichnete er den Judenhass von Einwanderern, die in ihren Herkunftsländern antisemitisch erzogen wurden. Ein wesentlicher Beitrag zur Begrenzung des Antisemitismus in Deutschland sei daher „der Stopp der ungehinderten, massenhaften Zuwanderung vor allem von nicht schutzbedürftigen jungen Männern aus dem arabischen Raum“. Denn in ihren Herkunftsländern sei nicht der Schutz Israels,

sondern die Vernichtung Israels Teil der politischen Sozialisation.

Die Beauftragte der CDU/CSU-Fraktion für jüdisches Leben in Deutschland und für die Beziehungen zum Staat Israel, Daniela Ludwig, nannte den Judenhass auf deutschen Straßen beschämend und abstoßend. Sie forderte die Bürgerinnen und Bürger auf, Haltung zu zeigen. „Antisemitismus darf in unserem Land keinen Platz haben.“ Der außenpolitische Sprecher Jürgen Hardt bedauerte in dem Zusammenhang, dass die demokratischen Fraktionen im Bundestag auch ein Jahr nach dem Massaker noch keine gemeinsame Erklärung gegen den Antisemitismus zustande gebracht haben. Die Unionsfraktion ist dazu bereit, sobald die Koalitionspartner sich untereinander auf eine Haltung geeinigt haben.

Hardt warf den Teilnehmern an sogenannten propalästinensischen Demonstrationen vor, den Terrorkampf von Hamas, Hisbollah und Huthi gegen Israel zu glorifizieren. Wichtig sei es, dem Iran als Drahtzieher für den Terror in Nahost das Handwerk zu legen, betonte er. ■

Ländliche Räume müssen attraktiv bleiben

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland lebt in ländlichen Räumen. Eine leistungsstarke Land- und Forstwirtschaft prägt das Gesicht dieser Landschaften. Mittelstand und Energiewirtschaft sorgen für Wertschöpfung und Wohlstand. Damit die ländlichen Räume lebenswert bleiben, müssen dort gleichwertige Lebensverhältnisse herrschen wie in den städtischen Ballungsräumen. Dafür setzt sich die CDU/CSU-Fraktion besonders ein. Auf einem Kongress diskutierte sie mit Vertretern aus Kommunen, Verbänden und Vereinen, wie die Weichen dafür richtig gestellt werden können. „Ländliche Räume sind eine Stärke unserer Volkswirtschaft, sind Ausdruck der Lebensqualität unseres Landes“, betonte der Unionsfraktionsvorsitzende Friedrich Merz. Sie könnten aber nur dann attraktiv bleiben, wenn sie von der Politik nicht vernachlässigt würden. Fraktionsvize Steffen Bilger unterstrich, dass der Staat die Verantwortung dafür trage, dass überall gleichwertige Lebensverhältnisse herrschten. Dafür zu sorgen, sei in der DNA von CDU und CSU angelegt.

Merz erinnerte daran, dass die ländlichen Räume nicht nur Lebens- und Erholungsräume seien, sondern auch Wirtschaftsräume, in denen vor allem kleinere und mittlere Unternehmen für Arbeitsplätze sorgten. Um attraktiv zu bleiben, brauchten die ländlichen Räume starke Kommunen.

Über Perspektiven und Herausforderungen für den ländlichen Raum diskutierten die Fachpolitiker der Fraktion in drei verschiedenen Panels mit einer Reihe von Experten. Unter der Leitung von Petra Nicolaisen, der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik, debattierte die Runde über Bürgerengagement und Daseinsvorsorge. Hansjörg Durz, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft, moderierte ein Panel über Mittelstand und Energiewirtschaft als Garanten für Wohlstand und Wertschöpfung. Der agrarpolitische Sprecher Albert Stegemann schließlich thematisierte in seinem Panel die Land- und Forstwirtschaft.

Dreiviertel der Landesfläche Deutschlands werde land- und forstwirtschaftlich genutzt, wurde beim Kongress angesprochen. Inklusive des vor- und nachgelagerten Bereichs lebten sieben Millionen Beschäftigte davon. Die Branche stehe für 300 Milliarden Euro Umsatz. Gleichzeitig prägten Land- und Forstwirtschaft die Kulturlandschaft, kümmerten sich um Natur- und Klimaschutz sowie die Artenvielfalt. Aus der Land- und Forstwirtschaft rekrutierten sich auch ein Gutteil der ehrenamtlich engagierten Bürger, etwa in der freiwilligen Feuerwehr oder bei der Organisation von Volksfesten. ■